

**Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands
-Landesorganisation Berlin-
zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
am 18. September 2011**

Liebe Berliner, liebe Wahlberechtigte,

bekanntlich verändern Wahlen zu den Parlamenten allein noch keine gesellschaftlichen Verhältnisse. Das ist nur in Verbindung mit breiten Massenprotesten und Aktionen der Bevölkerung möglich. Dennoch können Wahlergebnisse wichtige Signale auf dem Weg zu gesellschaftlichen Umbrüchen setzen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands- die Partei in der Tradition von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck- erhebt im engen Bündnis mit anderen linken Organisationen ihre Stimme

- gegen Kriegspolitik, Kriegseinsätze und für die sofortige Beendigung der Aggressionskriege in Afghanistan und Libyen
- gegen Verletzungen der von der UNO verbrieften Menschenrechte
- gegen Sozialraub gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung

Kommunisten geben Kommunisten und ihren Parteien, die zur Wahl antreten, ihre Stimme. Da die KPD am 20. März 2011 zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt angetreten ist und jetzt in Berlin nicht zur Wahl antritt, gehört unsere Unterstützung den Kommunisten der Deutschen Kommunistischen Partei.

Die KPD ruft alle Wahlberechtigten zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auf:

1. Wählt keine Partei, keine Abgeordneten, die für Kriegseinsätze gestimmt haben und weiterhin in Kauf nehmen, daß die Jugend ihr Leben für Profitinteressen in anderen Ländern läßt und sich an Mordfeldzügen beteiligt. Weder CDU/CSU noch FDP, SPD, Bündnis Grüne oder gar NPD sind eine Friedenspartei.
2. Gebt all denen Parteien und Abgeordneten mit eurem N E I N eine Abfuhr, die für den Abbau von Sozialleistungen eintreten, für Leiharbeit und Minilöhne, für menschenunwürdige HartzIV-Regelungen, für Rente mit 67, für 2 bzw. 3 –Klassenmedizin, für Zahlungen bei Arztbehandlungen und Zuzahlungen bei Medikamenten, die Wohnungsgesellschaften und Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Interesse der Profitgier privatisieren.

3. Die KPD erhebt zur Wahl in Berlin insbesondere folgende aktuelle Forderungen:

- Vollbeschäftigung durch Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Arbeit muß für ein menschenwürdiges Leben entsprechend entlohnt werden, ein Mindestlohn von 1500 Euro ist in Berlin in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durchzusetzen,

- Ausbau der Kindertagesstätten, Gewährleistung der kostenfreien Unterbringung und Betreuung der Kinder in diesen entsprechend dem Bedarf,
- Gleiche Bildungschancen für alle, kostenfreie Bildung in allen Bildungsstufen bis zum Hochschulstudium, Durchsetzung der einheitlichen Gesamtschule mit dem Übergang zur 12. Abitur-Klasse,

- für ein Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum, Verhinderung der Obdachlosigkeit, keine Kürzung von Fördermitteln bei den 172 000 Sozialwohnungen in Berlin, keine Privatisierung von Wohnungen, Wohnungsgesellschaften, Organisation des sozialen Wohnungsbaus mit bezahlbaren Wohnungen für Geringverdiener,

- Rückübertragung von privaten Einrichtungen der Daseinsvorsorge in kommunales Eigentum,

- Erhalt und Schutz antifaschistischer Denkmäler und Würdigung antifaschistischer Widerstandskämpfer in /an Erinnerungsstätten, Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen Neonazis und ihre Aktivitäten, Eintreten für ein gesetzliches Verbot,

- Sofortige Einstellung der Delegitimierung der DDR und der Verleumdung ihrer Errungenschaften sowie Schluß mit Geschichtsfälschungen.

Für die Durchsetzung dieser Forderungen ist eine parlamentarische und außerparlamentarische linke Opposition, eine breite antiimperialistisch-demokratische Widerstandsfront unerlässlich, für deren Schaffung sich vor allem die Kommunistische Partei Deutschlands einsetzt.

